

»Sozialismus hat keine Grenzen«

Der linke brasilianische Abgeordnete Jean Wyllys: Es bringt nichts, nur an die Arbeiter zu denken

Im Mai wurde Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei PT nach einem juristisch fragwürdigen Amtsenthebungsverfahren abgesetzt und Vizepräsident Michel Temer von der rechten PMDB übernahm die Macht. Wie beurteilen Sie die ersten acht Monate seiner Regierung?

Sie waren eine Katastrophe. Es waren acht desaströse Monate. Er hat versprochen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Das ist nicht passiert. Im Gegenteil: Die ökonomischen Probleme haben sich verschärft und die Ungleichheit hat zugenommen. Dies sieht man auch daran, dass die Arbeitslosenquote gestiegen ist. Temer hat es nicht geschafft, das Vertrauen der Märkte zu gewinnen, wie er versprochen hat. Darüber hinaus ist die Spitze seiner Regierung in Korruptionsfälle involviert. Wir Brasilianer wollen einen Präsidenten, den wir gewählt haben – nach einer Debatte über das Programm, das dieser Präsident umsetzen wird. Michel Temer führt eine Agenda aus, die extrem neoliberal ist und die Probleme im Land verschärft hat.

Sie sind Menschenrechts- und LGBT-Aktivist. Wie beeinflusst Temers Regierung die Rechte von Minderheiten in Brasilien?

Brasilien hat schon immer die Rechte von Minderheiten vernachlässigt. Erst mit den Regierungen der PT hat sich die Lage verbessert. Vor allem während der Amtszeiten von Lula wurde angefangen, mit Minderheiten zu kommunizieren. Seine Regierung hat zum Beispiel große Konferenzen veranstaltet, wie die Konferenzen der Frauen, der Menschenrechte oder der LGBT (Lesben, Gays (Schwule), Bisexuelle und Transsexuelle). Brasilien hat allerdings zum Beispiel bis heute kein Gesetz verabschiedet, das die Rechte von Schwulen, Lesben und Transsexuellen schützt. Wir haben lediglich einige staatliche Maßnahmen von Landesregierungen und Stadtverwaltungen. Die Regierung von Temer beeinträchtigt die Rechte von Minderheiten in drastischer Weise, da sie nicht einmal mehr mit ihnen kommuniziert. Die Spitze der Regierung setzt sich aus reaktionären und konservativen Politikern zusammen, die der Idee der Menschenrechte als Rechte von Allen entgegenstehen. Für diese Politiker sind Menschenrechte bestimmten Personen vorbehalten: den Weißen, der Mittel- und Oberschicht, den Heterosexuellen. Die restliche Bevölkerung ist somit der Ausbeutung unterworfen oder sollte ausgebeutet werden. Für diese Regierung müssen Minoritäten, wie indigene Völker, die Schwarzen in den Favelas, Frauen allgemein und die gesamte LGBT-Community, Gewalt und Vorurteile über sich ergehen lassen und den Mund halten. Zudem verbreiten diese Politiker einen Trugschluss, nämlich die Idee, dass Gleichheit besteht, weil die Verfassung es so festlegt. Die Verfassung proklamiert zwar Gleichheit, aber das wahre Leben zeigt, dass wir nicht gleich vor dem Gesetz sind. Wenn dies der Fall wäre, hätte Brasilien nicht fast 700 000 Gefangene und davon wären nicht 80 Prozent schwarz, arm und Semianalphabeten. Man kann also sagen, dass diese Regierung schädlich für die Menschenrechte ist.

Im April 2016 haben Sie den ultra-rechten Politiker Jair Bolsonaro während einer Parlamentsabstimmung über die Amtsenthebung der damaligen Präsidentin Dilma Rousseff bespuckt, nachdem dieser einem berichtigten Folterer der Militärdiktatur seine Stimme gewidmet hatte. Der Fall erregte große Aufmerksamkeit, auch außerhalb von Brasilien. Sehen Sie den Anstieg einer rechtsextremen Bewegung in Brasilien?

Gruppen der extremen Rechten wurden von rechten Parteien und Wirtschaftsverbänden finanziert. Diese Gruppen sind vor allem in sozialen Netzwerken aktiv. Mit widerlichen Methoden: Sie verbreiten Lügen und Verleumdungen. Auch während der Wahl in den USA ist dies passiert. Die Universität von Oxford bezeichnet das als »post-faktisch«. Die extreme Rechte in Brasilien handelt genau so. Gruppen wie die »Bewegung Freies



Die brasilianische LGBT-Community kann der rechten Regierung von Michel Temer sichtbar nichts Positives abgewinnen.

Foto: imago/ZUMA Press

Brasilien«, die »Empörten Online« oder »Komm auf die Straße« (die, die Massenproteste gegen Dilma Rousseff im vergangenen Jahr anführten, Anm. d. Red.) sind dieser extremen Rechten zuzuordnen und profaschistisch. Ausdruck dieses Profaschismus ist die Verbreitung von Lügen und Verunglimpfungen, aber auch die direkte Gewalt. So wurden etwa linke Politiker an Flughäfen und in Restaurants beleidigt und angegriffen.

Wurden Sie nach der Auseinandersetzung mit Bolsonaro weiterhin bedroht?

Ja. Nachdem ich dem Faschisten in das Gesicht gespuckt habe, haben rechte Kräfte meine sozialen Netzwerke überflutet. Sie veröffentlichten Beleidigungen gegen mich und meine Familie. Ich erhielt zahlreiche Morddrohungen. Und so ist es bis heute. Es wird versucht, mich durch diese Gewalt zum Schweigen zu bringen.

Die Ergebnisse der Bürgermeisterwahlen im vergangenen Oktober in Ihrer Wahlheimat Rio de Janeiro zeigen, dass der rechte Kandidat Marcelo Crivella in fast allen sozial benachteiligten Stadtteilen gewonnen hat. Glauben Sie, dass die Linke den Kontakt zu den ärmsten Schichten verloren hat?

In Brasilien hatte die Linke nie besonders viel Kontakt zu den ärmsten Schichten. Die Linke hat es versäumt, im Namen der Arbeiter zu

sprechen. Diese profitieren aber von den politischen Errungenschaften der Parteien und Gewerkschaften. Allerdings identifizieren sie sich in Brasilien meist nicht mit der Linken. Auch weil die Rechte fast immer an der Macht war. Mit der Wahl von Lula ist die Linke erstmals an die Macht gekommen, weil Lula eine Art von Klassenkompromiss ausgehandelt hat.

Wie sah der aus?

Unser Präzidentensystem beruht auf Koalitionen. Damit eine Partei gewählt werden kann oder ein Präsident regieren kann, muss eine Mehrheit im Nationalkongress vorhanden sein. Daher ist die PT eine breite Koalition mit rechten Parteien eingegangen, unter anderem mit der Mitte-rechts-Partei PMDB. Diese hat nun die PT verraten. Die Linke hat nicht den Kontakt verloren. Die brasilianische Linke hat den Weg eingeschlagen, den sie nehmen musste – die Agenda der Menschenrechte und der Rechte von Minderheiten. Diese kratzen an Vorurteilen, die tief in den Menschen verwurzelt sind – einschließlich in vielen Linken. Ich kann mir gut vorstellen, dass irgendjemand meine Teilnahme an dieser Rosa-Luxemburg-Konferenz infrage stellt, weil ich ein offen lebender Schwuler bin. Diese Linken, Sozialisten oder Kommunisten, denken an die Arbeiter, aber vergessen, dass auch Arbeiter eine Sexualität, ein Geschlecht und eine Ethnizität haben. Eine neue Linke und ein Sozialismus, der mit den Massen einen Dialog führen will, muss diese Agenda ohne Angst aufnehmen.

lismus, der mit den Massen einen Dialog führen will, muss diese Agenda ohne Angst aufnehmen.

Wie bewerten Sie die Niederlage in Rio de Janeiro?

Obwohl wir die Wahl verloren haben, kann man nicht von einer hässlichen Niederlage sprechen. Marcelo Freixo (Kandidat der PSOL, Anm. d. Red.) hatte 40 Prozent der Stimmen – das ist nicht wenig. Die Linke lebt. Und sie führt den Dialog – ganz im Gegensatz zu der Meinung, dass sie an Raum verliert. Die Linke muss pädagogisch sein und sagen: Wir müssen die Rechte von Homosexuellen verteidigen, wir dürfen niemand zurücklassen und wir müssen uns der Frage des Rassismus stellen. Denn auch wenn Schwarze sozial aufsteigen, bleiben sie Opfer von Rassismus. Auch in Deutschland werden Flüchtlinge oder die türkische Gemeinde immer noch aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert. Daher macht es keinen Sinn, eine Gleichheit auszurufen. Es bringt nichts, nur an die Arbeiter zu denken. Auch andere Themen spielen eine Rolle und die Linke muss sich ihnen stellen.

Soziale Bewegungen greifen auch die PT scharf für ihre neoliberale Politik an. Auch Ihre Partei, die PSOL, übte teils heftige Kritik. Glauben Sie, dass es in diesen schwierigen Zeiten weiterhin notwendig ist, eine Kritik an der PT zu äußern oder ist es jetzt wichtiger, eine vereinte Linke gegen den Rechtsruck aufzubauen?

Ich glaube, dass die Kritik an der PT bereits geäußert wurde. Ich persönlich habe immer eine gerechte, intellektuell ehrliche Kritik an dieser Partei artikuliert. In meiner Partei gibt es viele PT-Gegner, ich bin es nicht. Ich glaube auch, dass die öffentlichen Figuren meiner Partei keine PT-Gegner sind. Es ist Zeit, dass wir eine breite Front der Linken für allgemeine und direkte Wahlen bilden. Eine breite Front, die es uns erlaubt, einen Präsidenten zu wählen, der sein Regierungsprogramm mit der Gesellschaft diskutiert. Im Gegensatz zu dem was der illegitime Michel Temer tut, der uns seine Agenda aufzwingt.

Sein neoliberales Regierungsprogramm hat drastische Auswirkungen für die Rechte der Arbeiter.

Wie sollte die Linke Ihrer Meinung nach für Alternativen kämpfen?

Als Erstes muss die Linke das Thema der Korruption aufgreifen. Sie muss die Korruption bekämpfen, denn die Rechte triumphiert fast immer, wenn sie die Linke der Korruption beschuldigt. Zweitens ist eine nachhaltige Entwicklung fundamental. Dies bedeutet ein Regierungsprogramm, das ein Gegenteil zur neoliberalen Agenda darstellt. Ein Programm, das in strategisch wichtige Bereiche investiert, wie Bildung, Wissenschaft, Technologie und Gesundheit. Zudem ist eine Kontrolle des Marktes wichtig. Ein Markt darf nicht frei sein und die Autonomie haben, die er gerne hätte. Die Banken dürfen nicht Zinsen diktieren, wie es ihnen lieb ist. Dies hat zu Verarmung geführt und eine Wirtschaftselite geschaffen, die nichts produziert, aber haufenweise Geld macht. Die Linke muss daher ein klares Wirtschaftsprogramm mit sozialem Profil aufweisen. Die Menschen müssen Sicherheit darüber haben, ob sie am Ende des Monats ihren Lohn erhalten, ob die Schule ihrer Kinder geöffnet ist, wie die Zukunft aussehen wird. Die Linke muss dies klarer machen. Oft verliert sie sich jedoch in bestimmten Themen. Und viele Themen wurden seit der Oktoberrevolution nicht mehr überarbeitet. Sogar nach dem Fall der Berliner Mauer hat es die Linke versäumt, bestimmte Begriffe zu überdenken. Noch heute gibt es Menschen, die denken, dass wir zuerst an die Arbeiter denken müssen und uns erst danach anderen Fragen zuwenden sollten, wie der Genderfrage, die als weniger wichtig und bürgerlich betrachtet wird. Das ist ein Fehler. Hier darf es keine Rangordnung geben. Die Kämpfe gehören zusammen. Für mich ist ein Arbeiter, der auf der Straße für würdevolle Arbeit und einen besseren Lohn kämpft, aber zu Hause seine Frau schlägt oder seinen schwulen Sohn aus dem Haus wirft, kein Linker. Sozialismus hat keine Grenzen. Entweder Sozialismus kommt mit Freiheit oder er macht keinen Sinn.

Die fetten, linken Jahre sind vorbei

Brasilien's Rechte arbeitet am Rollback nach 13 Jahren PT-Regierung

Von Martin Ling

Es ist ein tiefer Absturz: 13 Jahre führte die brasilianische Arbeiterpartei (PT) die brasilianische Regierung an, 13 Jahre stellte sie den Präsidenten oder die Präsidentin. Seitdem Dilma Rousseff am 31. August 2016 schlussendlich durch ein umstrittenes Amtsenthebungsverfahren via brasilianischer Kongress endgültig abserviert wurde, befindet sich die PT nahezu im freien Fall. Einerseits wird die PT von der Justiz mit unzähligen Korruptionsskandalen konfrontiert, die sie für politisch motiviert hält, was in Teilen, aber sicher nicht in Gänze zutrifft. Andererseits musste die PT bei den landesweiten Kommunalwahlen Anfang Oktober 2016 eine herbe Schlappe einstecken, die den Abwärtstrend der Partei bestätigt: Sie verlor zwei Drittel ihrer bisherigen Bürgermeisterämter.

Mit Luiz Inácio »Lula« da Silva kam die PT 2003 zwar an die Regierung, an die Fleischtopfe, doch nicht an die eigentliche Macht, die in den Schaltzentralen der Großkonzerne und den Händen der Oligarchen so konzentriert ist wie das Land in den Händen der Großgrundbesitzer. Lula schaffte es, in einem günstigen weltwirtschaftlichen Klima hoher Rohstoffpreise einen nationalen Konsens für Wachstum und Umverteilung zu schmieden, der nicht auf Kosten der Oberschichten ging, sondern Oben und Unten zu bedienen vermochte. Die Verteilungsspielräume gaben das in seinen goldenen Regierungsjahren her.

Lula bestimmte per Fingerzeig Dilma Rousseff zu seiner Nachfolgerin an der Spitze der PT und Rousseff gewann 2010 und 2014 die Präsidentschaftswahlen. Konjunkturrell hatte sie Pech: Fallende Rohstoffpreise brachten Brasiliens Wirtschaft ins Trudeln, der Verteilungsspielraum war passé. Und die Verteilungskonflikte damit auf dem Tisch – Lulas Konsens wurde von der Oberschicht de facto aufgekündigt und zum Sturm auf Rousseff geblasen.

Mit der Amtsenthebung von Rousseff gelangte 2016 die seit 2003 währende Regierungsära der Arbeiterpartei PT fürs Erste ans Ende. Je nach Berechnung haben es unter Lula (2003 bis 2011) und Rousseff (2011 bis 2016) 20 bis 40 Millionen Brasilianer aus der Armut in die untere Mittelschicht geschafft. Für diese Politik wurden die nicht vorhandenen Mehrheiten im Parlament und Senat oft mit klingender Münze beschafft.

Die neue Regierung unter dem rechten Präsidenten Michel Temer hat einen strikt neoliberalen Kurs eingeschlagen und setzt auf den Abbau von sozialen Reformen der PT-Regierungen. Die Bevölkerung muss sich auf magere Jahre gefasst machen. Brasiliens Rechte will einen Neoliberalismus ohne soziales Antlitz, anders als die PT. Brasiliens Linke innerhalb und außerhalb des Parlaments ist jetzt gefragt. Wann die Linke in Brasilien eine zweite Chance bekommt, ist völlig offen.



Jean Wyllys sitzt für die Partei Sozialismus und Freiheit (PSOL) im brasilianischen Parlament. Als eine der wichtigsten Stimmen der Linken und erster offen schwuler Abgeordneter Brasiliens machte sich der 42-Jährige in der Vergangenheit immer wieder zur Zielscheibe von rechten Kräften. Auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin sprach Niklas Franzen für das »nd« mit Wyllys über den Rechtsruck in Brasilien und die Fehler der Linken.

Foto: Geraldo Magela/Agência Senado